

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

22.10.1932 (No. 248)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittlicher Rabatt, der als Auktionsrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontowahlverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in demjenigen des Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Schutz der Heimat

Der passive Luftschutz

Nachdem im Artikel 169 des Versailler Vertrages niedergelegt worden war, daß Deutschland sein gesamtes Flugmaterial den Regierungen der Feindmächte abzuliefern habe, fügte der Artikel 198 hinzu, daß die bewaffnete Macht Deutschlands auch in Zukunft keine Land- und Marinefliegerkräfte umfassen dürfe.

Damit war Deutschland auch in der Luft wehrlos gemacht, während die gesamte Technik der Welt sich alsbald auf den Luftkrieg der Zukunft einzustellen begann und alle Militärmächte, in erster Linie die an Deutschland grenzenden, sich ungeheure Luftflotten schufen. So entstanden die Jagd-, das heißt Kampfesflugzeuge, die Aufklärungs- und Beobachtungsflugzeuge, die Tag- und Nachtbombergeschwader, deren abwerfbare Last in Spreng- oder Brandbomben, sowie in Brand- und Gasbomben besteht.

Dem gegenüber führten die ununterbrochenen Bemühungen Deutschlands endlich dahin, daß uns im Pariser Luftabkommen vom Mai 1920 wenigstens der Passive Luftschutz zugesprochen wurde.

Begüglich des Luftschutzes im allgemeinen unterscheidet man einen Schutz in der Luft und einen solchen von der Erde aus — das ist der aktive Luftschutz. Bei jenem finden in erster Linie Kampf- und Bombengeschwader Verwendung, bei diesem Fliegerabwehrkanonen (Flak) und Maschinengewehre (MG.). Alle diese Mittel sind Deutschland verboten.

Schließlich gibt es auch den Fliegerdienst auf der Erde, das ist der passive Luftschutz, nur er ist uns seit 1920 erlaubt.

Ihn gilt es jetzt zu organisieren und dafür Sorge zu tragen, daß wenigstens dieser zivile Schutz gewährleistet und die Übergangung von der Notwendigkeit desselben zum Allgemeinut unseres Volkes wird, nachdem alle anderen Staaten ihren Luftschutz, den aktiven wie den passiven in einer den Interessen ihrer nationalen Sicherheit entsprechenden Weise ausgebaut haben.

Beim passiven Luftschutz unterscheidet man den Einzelschutz (Gasmasken, Erziehung zur Vahrung der nötigen Disziplin im Ernstfall, Vermeidung von Paniken usw.) und den Sammelerschutz (Ausbau des Melde- und Luftwachtendienstes, Scheinwerfer, Sprechgeräte, Organisation des Rettungs- und Sanitätswesens, des Gasabwehr- und Feuerlöschwesens usw.).

Für den passiven Luftschutz haben die Innenministerien des Reiches und der Länder die Richtlinien ausgearbeitet, deren örtliche Durchführung den Polizeibehörden übertragen worden ist. Diese sind die Träger des Luftschutzes in den einzelnen Städten. Von ihnen wird eine Unterteilung der Bezirke vorgenommen. Die Polizei bereitet ferner den öffentlichen Hilfs- und Rettungsdienst vor, der im Augenblick der Gefahr eingreift. Dazu dienen in erster Linie Feuerweh, Technische Hilfswache, Motes Kreuz usw. Daneben haben auch andere Behörden, in erster Linie die Reichspost ihre Mitarbeit an einem möglichst wirksamen passiven Luftschutz in den Dienst des Volkes gestellt, indem sie ihr Leitungsnetz und ihre sonstigen Einrichtungen für den Luftmeldebetrieb zur Verfügung hält. Die Reichspost übernimmt den Luft- und Gaschutz für ihren Bezirk, ihr Personal und ihren Betrieb selbst und stützt sich dabei hinsichtlich des Flugmeldebetriebes auf die Organisation des Reichsluftschutzes.

Die Behörden in den Städten zu stehenden Luftschutzbehörden dienen der Beratung der Behörden bei allem, was amtlichseits durchzuführen ist. Sie gehen den Behörden außerdem bei der Durchführung dieser Maßnahmen an die Hand.

Aber diese Tätigkeit der Behörden genügt nicht. Sie muß durch eine starke Initiative aus dem Volke heraus gestützt und gefördert werden. Das kann zunächst dadurch geschehen, daß das allgemeine Verständnis für die Notwendigkeit eines zivilen Luftschutzes und der Abwehrwille geweckt werden.

Die amtliche Tätigkeit muß also durch eine weitestgehende private Tätigkeit unterstützt werden, wie das auch bei den anderen Staaten der Fall ist. Jede sachliche Anregung wird hierbei willkommen sein.

Wie wertvoll der zivile Luftschutz sein kann, das beweisen die Zahlen des Weltkrieges:

Im Jahre 1914 wurden bei dem damaligen Stande der Luftabwehr von jeder im Grenzgebiet abgeworfenen Fliegerbombe 1,6 Menschen getötet, 1918 nur noch 0,16 Personen.

Das Ziel, diese Arbeit der Behörden wirkungsvoll zu unterstützen, hat sich auch der über ganz Deutschland verbreitete Deutsche Luftschutzverband gestellt, der auf völlig uneigennütziger und überparteilicher Basis nur eines erstrebt: Den Luftschutzwillen zu wecken, ihn in alle Kreise des deutschen Volkes zu tragen, ihn wachzuhalten und die Zivilbevölkerung seelisch und materiell zu befähigen, einem Luftangriff mit Festigkeit und Sachdune widerstehen zu können, in der Erkenntnis, daß Luftschutz Selbstschutz und Volksschutz ist.

So gehen also alle Bestrebungen dahin, die nationale Sicherheit gegen Angriffe aus der Luft durch Ausbau wenigstens des passiven Luftschutzes nach Möglichkeit zu gewährleisten. Es kommt deshalb darauf an, daß sich nun baldigst auch in Stadt und Land der Luftschutzgedanke durchsetzt. Dazu gehört zunächst Aufklärung mit Wort und Schrift, der dann der Tat, praktische Übungen unter Teilnahme der ganzen Bevölkerung folgen müssen.

Es ist nötig, daß diese gemeinsame Arbeit möglichst bald sachlich und unvoreingenommen aufgenommen wird, sie wird ihre Sammelfrucht am besten befähigen, wenn sie von uns allen ergriffen und geleistet wird in dem Gedanken, dem allein sie dienen soll, dem Schutz der Heimat.

Das tschechoslowakische Kabinett beschloß, dem Präsidenten der Republik die Gesamtkommission zu unterbreiten.

Letzte Nachrichten

Leipziger Urteil doch nächste Woche

Keine Wiederaufnahme der Verhandlungen

W.B. Berlin, 22. Okt. (Priv.-Tel.) Gegenüber einer Nachricht, der zufolge das Urteil des Staatsgerichtshofes in dem großen Verfassungsverfahren zwischen Preußen, Bayern, Baden und dem Reich wahrscheinlich erst nach den Reichstagswahlen zu erwarten sei, hören wir aus Kreisen der Verfassungskommission, daß von einer Auffchiebung der Entscheidung bis nach den Wahlen keine Rede sein könne. Ob allerdings die Entscheidung bereits am nächsten Dienstag verkündet werden kann, wie Reichsgerichtspräsident Bumke andeutete, oder erst an einem der folgenden Tage der nächsten Woche, steht noch nicht fest. Man rechnet nicht damit, daß die Verhandlung noch einmal eröffnet wird.

Entschuldung im Osthilfsgebiet

Zweite Verordnung heute unterzeichnet

W.B. Berlin, 22. Okt. (Tel.) Die heute unterzeichnete zweite Entschuldigungsverordnung, die der beschleunigten Durchführung der Entschuldigungsverfahren im Osthilfsgebiet dient und die Voraussetzungen für eine erhöhte Verabfindung der Gläubiger schafft, enthält außerdem noch eine Bestimmung zur Erleichterung von Schwierigkeiten der nichtgenossenschaftlichen Gläubiger aus Warenlieferungen gegenüber Osthilfsentschuldungsbetrieben. Die Verordnung sieht die Eintragung von Übergangshypotheken vor, die zunächst weder verzinst, noch getilgt werden. Nach drei Jahren wird je nach der Lage der Landwirtschaft über ihren Fortbestand entschieden.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Abschwächung in den Saffengewerben — Belebung in den Verbrauchsgüterindustrien

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung teilt mit, beträgt die Zahl der Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, Mitte Oktober 1932 rund 5 150 000.

Wenn diese Ziffer auch um rund 48 000 über derjenigen vom Ende des vorhergehenden Monats liegt, so bedeutet dies nicht, daß sich der Beschäftigungsgrad tatsächlich in dem gleichen Umfang verschlechtert hat. Die gegenwärtige Entwicklung ist das Ergebnis des sich auf dem Arbeitsmarkt vollziehenden Widerpiel zwischen der im Herbst jeden Jahres eintretenden saisonmäßigen Abschwächung des Beschäftigungsgrades und der in erneuten Ausfüllen zu beobachtenden Belebung einzelner Konjunkturabhängiger Wirtschaftszweige insbesondere der Verbrauchsgüterindustrien, in denen Neueinstellungen aus den verschiedensten Teilen des Reiches gemeldet werden. Es ist daher durchaus möglich, daß sich die Entwicklung im Oktober ähnlich wie im September vollzieht.

Bei der Gesamtszahl der Arbeitslosen bleibt die Tatsache zu beachten, daß in der Zahl von 5 150 000 Arbeitslosen auch rund 200 000 junge Menschen mitgezählt sind, die bei dem freiwilligen Arbeitsdienst vorübergehend außerhalb der freien Wirtschaft Arbeit und Brot gefunden haben.

Die Zahl der Notstandsarbeiter, die im Laufe des Monats September 1932 noch um rund 21 000 auf rund 88 000 gesteigert werden konnte, dürfte auch bis Mitte Oktober eher noch etwas zugenommen haben.

In der Zahl von 5,15 Millionen Arbeitslosen für den Schlußtag vom 15. Oktober 1932 sind rund 580 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung und 1,175 Millionen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung enthalten; die Zahl der Wohlfahrtsberwerblosen wird bekanntlich für Mitte des Monats nicht festgestellt, sie ist im gegenwärtigen Zeitpunkt auch nur schwer abzuschätzen.

Die deutsch-französischen

Kontingentierungsverhandlungen

Im Verlauf der deutsch-französischen Kontingentierungsverhandlungen wurde französischerseits erklärt, man könne sich angesichts der Tatsache, daß die französische Regierung selbst eine Politik der Einfuhrkontingentierung durchführe, nicht grundsätzlich gegen ein gleiches deutsches Vorgehen wenden. Es wurden indessen verschiedene Einwendungen vorgebracht, über welche die deutsche Delegation der Regierung Bericht erstatten wird.

Die Franzosen schlagen vor, die Durchschnittskontingente der Normaljahre 1928, 1929 und 1930 zugrunde zu legen, denn gerade das Jahr 1931 sei jenes, in dem die französische Ausfuhr wegen der weitverbreiteten getrockneten Hygienemaßnahmen zum Schutze gegen die Kartoffelkrankheit beträchtlich zurückgegangen war, wenn sie nicht gar auf dem Nullpunkt angelangt sein dürfte. Außerdem verlangen die Franzosen die Zurücknahme der deutschen Hygienemaßnahmen, namentlich zum Schutze gegen die Kartoffelkrankheit, denn diese Maßnahmen benachteiligten einen gewissen Teil des französischen Gebietes, weil Frankreich nur solche Produkte ausführen könne, die aus einer Gegend stammten, die mindestens etwa 200 Kilometer von den Zentren der Kartoffelkrankheit entfernt sei.

Das englische Unterhaus trat am Freitag in die Einzelberatungen über die Beschlüsse von Ottawa ein. Die Arbeiterpartei erlitt bisher zweimal eine Niederlage.

Roosevelt gegen Prohibition. Der demokratische Präsidentschaftskandidat Roosevelt trat in einer Rede in St. Louis für die Abschaffung der Prohibitionsbestimmungen ein.

* Zur politischen Lage

Deutschlands Außenpolitik

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Außenpolitik des deutschen Reichskabinetts von der großen Mehrzahl der Zeitungen und Zeitschriften abgelehnt oder doch kritisiert wird. Und, wenn man sich vergegenwärtigt, daß kürzlich der Auswärtige Ausschuß des Reichstags in einer Resolution ganz offen von den „schweren Mißerfolgen unserer Außenpolitik in Lausanne und in Genf“ redete, das Kabinett des Verfassungsbruchs beschuldete und ihm deshalb überhaupt die Aktivlegitimation auf außenpolitischem Gebiete absprach, dann wird man auch für den Fall, daß man die Formulierung dieser Resolution als unglücklich empfinden sollte, doch nicht die Tatsache ignorieren dürfen, daß nun einmal die erdrückende Mehrheit auch des Parlaments der Außenpolitik des Reichskabinetts kein Vertrauen schenkt.

Allerdings beruht dieses Mißtrauen auf sehr verschiedenartigen und sich zum Teil gegenseitig ausschließenden Gründen. Den einen ist die Außenpolitik des Kabinetts nicht so sehr, den anderen ist sie schon viel zu sehr. Die einen bejahen das Prinzip, bemängeln aber die Methode; und die anderen sind aus innerpolitischen und verfassungspolitischen Gründen der Ansicht, daß das Reichskabinett, weil es vom Reichstag ausdrücklich ein Mißtrauensvotum erhielt, überhaupt nicht berechtigt sei, zu amtieren.

Das letzte Argument ist natürlich nicht stichhaltig. Der Reichstag ist aufgelöst. Und ein Kabinett muß da sein, welches die Geschäfte führt. Zu diesen Geschäften gehört nun einmal auch die Bearbeitung der großen außenpolitischen Probleme, die auf der Tagesordnung stehen. Und man könnte höchstens darüber streiten, ob es angebracht ist, daß ein Kabinett, das nur von einer verschwindend kleinen Parlamentsmehrheit unterstützt wird, überhaupt auf außenpolitischem Gebiete eine besondere Initiative entwickelt.

Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß es aus vaterländischen Gründen notwendig ist, die Außenpolitik des Kabinetts soweit, als nur irgend möglich zu unterstützen und ihr jedenfalls nicht in den Rücken zu fallen. Vor allem sind wir verpflichtet, diese Außenpolitik gerecht zu beurteilen. Bei einer gerechten Beurteilung dürfte sich etwa folgendes Bild ergeben:

Daß Deutschland durch den Mund des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers sein Nein gesprochen hat und bei diesem Nein bleibt, wird sicherlich nicht als Fehler bezeichnet werden dürfen. Wenn wir uns überhaupt die Gleichberechtigung erkämpfen wollen, so ist jetzt der Augenblick dazu gekommen. Und in diesem Kampfe müssen wir festhalten. In der ganzen Welt wird sich die öffentliche Meinung immer mehr und mehr davon überzeugen, daß die deutsche Forderung vollkommen berechtigt ist. Und auf die Dauer wird sich auch Frankreich dem moralischen Druck dieser Weltmeinung nicht entziehen können.

Es will immerhin etwas besagen, daß neuerdings die englischen Bischöfe unter Führung des höchsten geistlichen Würdenträgers des Landes, des Erzbischofs von Canterbury, beschlossen haben, beim Premierminister vorstellig zu werden mit dem Ersuchen, die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung mit aller Macht zu unterstützen, da sie auch vom Standpunkte religiöser Moral aus durchaus berechtigt sei. Und ferner ist bei dem Premierminister eine Schrift eingegangen, die von mehr als 300 hervorragenden Männern und Frauen aller Parteien des Landes unterzeichnet ist, und in der die Regierung aufs dringendste aufgefordert wird, eine wirkliche Abrüstung in Europa herbeizuführen.

Das alles ist gewiß eine wertvolle Unterstützung der deutschen Außenpolitik und zeigt uns, daß wir in der Hauptsache durchaus auf dem richtigen Wege sind. Auch Italien steht auf unserer Seite. Und der Glaube, daß Nordamerika, um die diplomatische Hilfe Frankreichs in Ostasien gewinnen zu können, plötzlich ins französische Fahrwasser einschwenken werde, ist zu wenig begründet, um ernst genommen zu werden.

Gewiß tut Frankreich alles, um seine Position zu stärken. Es hat sich neuerdings an Spanien herangepörscht und wird mit diesem wahrscheinlich demnächst ein regelrechtes Bündnis abschließen. Dafür aber wird der Gegenruck in anderen Teilen Europas um so kräftiger. Sogar die französischen Vasallenstaaten im Südosten beginnen immer mehr einzusehen, daß ihnen die politische Abhängig-

keit von Paris wirtschaftspolitisch gar nichts hilft, ja, daß diese Abhängigkeit mit ihren finanziellen Belastungen auf dem Gebiete der Rüstung sie in immer schlimmere Krisen stürzt. Rumänien hat kürzlich ganz offenkundig gegen Paris rebelliert, als es sich darum handelte, den von Frankreich gewünschten Nichtangriffspakt mit Sowjetrußland zu unterzeichnen. In Jugoslawien gärt es bedenklich, weil auch dort die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz und gar trostlos sind. Ungarn hat sich in der letzten Zeit Italien ganz besonders herzlich genähert. Und was Österreich betrifft, so ist es schon richtig, daß infolge der finanziellen Abhängigkeit von Paris der Wiener Regierung auch politisch die Hände gebunden sind; aber für Frankreichs Interessen wird sich die Wiener Regierung auch nicht einsetzen lassen.

Im Innern wachsen die Schwierigkeiten für Frankreich mit jeder Woche. Das Staatsdefizit hat allmählich eine beunruhigende Höhe erreicht. Es gibt Franzosen genug, die ehrlich den Frieden wünschen, und die unsinnigen Ausgaben für Rüstungszwecke mißbilligen. Es ist sogar anzunehmen, daß eine ehrliche Friedenspolitik Herriots der Zustimmung der Mehrheit des französischen Volkes sicher wäre. Aber Herriot zieht es vor, auf die Rechtskreise, auf die Nationalisten, vor allem aber auch auf die hohen Militärs zu hören. Und so kommt er aus dem Kreis seiner bisherigen Vorstellungen nicht heraus.

Es ist klar, daß Deutschland bei alledem nur eine Taktik zu befolgen hat, nämlich die einer ruhigen Zähigkeit. Daß unsere Außenpolitik zäh und energisch war, wird von niemandem bestritten werden können. Ob sie immer geschickt war, das ist eine andere Frage. Vor allem war es sicherlich nicht sonderlich geschickt, daß sich der Reichskanzler in Lausanne für eine freundschaftliche Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland einsetzte, ohne genau zu wissen, ob er mit seinen Angeboten auch auf Gegenliebe stoßen würde. Die Anerbietungen, die er französischen Staatsmännern gemacht hat, haben bekanntlich anderwärts, so z. B. in Italien, peinliches Aufsehen erregt und Zweifel entstehen lassen an der Folgerichtigkeit unserer Außenpolitik. Auch in London hat man sich darüber seine eigenen Gedanken gemacht.

Wenn Frankreich von sich aus uns ein edles und großzügiges Verständigungsprogramm unterbreiten würde, ein Arrangement, das ein für allemal den herabwürdigenden Druck, der heute längt als unsinnig erkannten Paragrafen des Friedensvertrags von uns nimmt, dann könnte Deutschland manches tun, um Frankreich diesen Entschluß noch besonders schmachhaft zu machen. Und schließlich würden alle übrigen europäischen Mächte den allgemeinen Vorteil, der in einer wahren Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zu erblicken ist, so hoch veranschlagen müssen, daß sie sich über Einzelheiten gerne hinwegsetzen. Ein derartiges Angebot von französischer Seite lag aber noch nie vor. Und bisher sind auch noch nicht die geringsten Anzeichen dafür bemerkt worden, daß Frankreich auch nur das Minimum jener Forderungen erfüllen könnte, die wir im Interesse unserer Selbstachtung erheben müssen.

Wahrscheinlich ist uns durch die Taktik des Reichskanzlers in Lausanne das außenpolitische Konzept Frankreich, aber auch anderen Großmächten gegenüber für längere Zeit verdorben worden. Und es wird großer Anstrengungen und einer Politik ruhiger Konsequenz bedürfen, um den Schaden wieder gutzumachen.

Innere Politik

Der Reichstagswahlkampf nähert sich seinem Höhepunkte. Die Aufmarschfronten sind dieselben geblieben. Und doch hat sich im Lauf der letzten Woche ein gewisser Wandel vollzogen. Er besteht zunächst darin, daß Deutsch-nationale und Nationalsozialisten sich wieder mehr auf das Gemeinsame ihrer Ziele besinnen und an verschiedenen Orten den Wahlkampf in durchaus parlamentarischen Formen führten. Deutsch-nationale und nationalsozialistische Redner in deutsch-nationalen Versammlungen sprechen.

Aber auch sonst ist bei allen verantwortungsbewußten Parteien das Bestreben zu Tage getreten, heute schon die Möglichkeiten einer positiven und aufbauenden Politik für die Zeit nach der Reichstagswahl ins Auge zu fassen. Im Vordergrund steht dabei natürlich das Problem der Reichsreform.

Hier ist es nun so, daß eigentlich alle Parteien von der Reformbedürftigkeit der Verfassung überzeugt sind. Von dieser Tatsache ist bis zu der Erkenntnis, daß dann auch die Parlamentsparteien von sich aus mit ganz bestimmten Reformvorschlägen aufzuwarten hätten, nur ein kleiner Schritt. Und warum sollte aus den verschiedenen Vorschlägen einschließlich der Ideen des Reichskanzlers nicht schließlich etwas Brauchbares herauskommen? Unmöglich ist das nicht. Man muß nicht immer in der Politik nur einen Tummelplatz wilder Leidenschaften und heftiger, zerfleischernder Kämpfe sehen. Man kann auch in verständigem Zusammenwirken ruhige und positive Arbeit leisten.

Was das Zentrum anlangt, so hat es durch den Mund des Prälaten Dr. Kaas zwar von neuem das Kabinett von Papen in der schärfsten Weise kritisiert und angegriffen lassen. Aber die Rede von Dr. Kaas läßt trotz alledem allen Verständigungsmöglichkeiten die Türe offen. Und noch stärker wird dies bekräftigt durch eine Wahlrede des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Volz in der es heißt, daß das Zentrum mit den programmatischen Zielen der Papen-Regierung durchaus einverstanden sein könne, daß sich die Kritik vor allem auf die Mittel zur

Durchführung dieses Programms beziehe. Das Zentrum befindet sich nach den Worten von Dr. Volz in keiner ausgeprochenen Oppositionsstellung zum Kabinett von Papen, zumal es seinen ganzen Zielen nach überhaupt nicht auf die Dauer Oppositionspartei sein könne.

An und für sich wird es dem Reichskanzler wohl lieber sein, wenn er seine Ideen mit Hilfe des Parlaments verwirklichen kann. Praktisch würde es sich für ihn also darum handeln, eine Mehrheit im Parlament zu finden. Ob diese Mehrheit zustande kommen kann, hängt von den Nationalsozialisten ab. Auch dann, wenn diese Partei Verluste erleiden sollte, wird sie doch aller Voraussicht nach die stärkste Partei im Parlament bleiben und demgemäß Einfluß haben. Leicht würde der Entschluß für diese Partei ja nicht sein. Denn, wenn sie auch einem großen Teil der Reichsreformideen des Reichskanzlers zustimmen sollte, wird sie doch nach wie vor verlangen, daß ihr die Führung der Regierungsgeschäfte übertragen wird.

Das ist es aber gerade, wogegen sich der eine Kernsatz des Papenschen Reformprogramms wendet: die Reichsregierung soll in ihrer personellen Zusammenfassung und in ihrer Politik eben nicht von der Parlamentsmehrheit abhängig sein. Besteht Herr von Papen auf diesem Satz, dann wird sich wohl eine Einigung mit dem Parlament nicht erreichen lassen. Käme die Einigung jedoch zustande — etwa in der Weise, daß der Reichspräsident ein neues Kabinett unter Einfluß der Nationalsozialisten zu ernennen bereit ist —, dann würde es lediglich noch auf die Haltung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei ankommen. Die Führer der Zentrumspartei haben bekanntlich schon vor Wochen erklärt, daß ihre Partei ein unter Einfluß der Nationalsozialisten gebildetes Kabinett an und für sich toleriert hätten. Heute würde dann wohl sogar die Frage aufgeworfen werden dürfen, ob Zentrum und Bayerische Volkspartei nicht in aller Form jenem neuen Kabinett angehören wollen. Der Widerstand des Herrn Eugenbergs würde ja schließlich etwas sein, was sich überwinden läßt.

Jedenfalls gewinnt man bei weiter fortgeschreitendem Wahlkampf immer mehr den Eindruck, daß die verantwortungsbewußten Parteien durchaus nicht den Kampf nur um der Regierung willen führen, sondern auch an die positiven Aufgaben der Zukunft denken und grundsätzlich eine Entwicklung vermeiden möchten, die zu einer neuen Arbeitsunfähigkeit des Parlaments führt und den Gegnern des Parlamentarismus und der Demokratie neues Wasser auf die Mühlen liefert, mag nun dieses Wasser selbst auch noch so trübe ausschauen.

Mehrleistungen in der Reichsverföhrung

Die in der Rundfunkrede des Reichsarbeitsministers vom 19. d. M. angekündigten Maßnahmen zugunsten der Kriegsbekämpften und Kriegerrückbliebenen werden am 25. Okt. im Reichsverföhrungsblatt bekanntgegeben werden. Sie wirken sich aus bei den sogenannten „Kann-Beschlüssen“, insbesondere zugunsten der Berufsausbildung von Kindern der Schwerbekämpften und von Kriegerrückbliebenen, ferner für einen bestimmten Personenkreis bei der Zulassung, bei der Gewährung von Unterstützungen, z. B. an Kriegerrückbliebenen, die eine Verpflegung nicht mehr erhalten können, sowie bei der Kapitalabfindung zur Abminderung der Zwangsabfindung. Die für diese Maßnahmen bereitgestellten Mittel werden den Verpflegungsdirektoren überwiesen.

Die Festsetzung des deutschen Butterkontingents

Zu der Festsetzung des neuen deutschen Butterkontingents auf 55 000 Tonnen pro Jahr, wird aus Kreisen des Reichsernährungsministeriums mitgeteilt, daß die Buttereinfuhr im vergangenen Jahre sich auf insgesamt 100 000 Tonnen belaufen hat. Im Jahre 1932 würde sie unter den bisherigen Zollföhrungen sich auf vielleicht 72 000 Tonnen belaufen haben. Bisher gab es fünf verschiedene Zollföhrungen für Butter, deren Durchschnitt 67 M. für den Doppelzentner im gegenwärtigen Jahre betrug. Dadurch, daß jetzt der Zoll auf 75 M. für den Doppelzentner und ein Gesamtkontingent festgesetzt worden ist, ist die Voraussetzung für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Milchwirtschaft geschaffen.

Ein „Deutscher Ausschuß“, aus Persönlichkeiten, die größtenteils nicht der Deutsch-nationalen Volkspartei angehören, erläßt einen Aufruf „Mit Hindenburg für Volk und Reich“, der die heimlos gewordenen Wähler auffordert, deutsch-national zu wählen, da diese Partei von den nationalen und nichtsozialistischen als einzige noch Bedeutung habe. Zu den Unterzeichnern gehören u. a.: Universitätsprofessor Dr. Hans Diekmann, Kolonialstaatssekretär a. D. v. Bindequitt, Vizepräsident Prof. v. Biedemann, Universitätsprofessor Eduard Spranger, Dr. Albert Wagner, Landesbibliothekar a. D. v. Winterfeldt, Universitätsprofessor Dr. Wundt.

Sozialisierungsanträge der SPD. In Kundgebungen der SPD kündigte Prof. Koetting umfangreiche Sozialisierungsanträge der SPD an. Für diese Anträge werde man eine Volksbewegung schaffen. Sozialisierung der Schlüsselindustrien sei heute durchaus möglich und entspreche dem Wunsche von vier Fünfteln der Bevölkerung.

Badische Kunstballe Karlsruhe

In der Badischen Kunstballe wird mit Sonntag, den 24. Oktober, eine Ausstellung von Aquarellen und Zeichnungen des Karlsruher Malers Professor Gustav Wolf eröffnet. Diese Ausstellung ist Beginn einer Serie von sechs aufeinanderfolgenden Ausstellungen zur zeitgenössischen deutschen Graphik, in der je drei badische und drei außerbadische Künstler vertreten sein werden, mit folgenden Namen: Emil Wizer, Alexander Konoldt, Alfred Rubin, Emil Kolbe, Max Siebott, Gustav Wolf. Am 13. November wird sodann die erste größere Ausstellung des 1930 verstorbenen Malers Heinrich Ebel eröffnet werden, der in Fegersheim bei Straßburg gelebt und dort in seinen Ruhestunden Malereien und Zeichnungen von intemem Format und dichterischem Stimmungscharakter gemalt hat; eine echt oberbayerische Künstlernatur.

Im Laufe des November wird das eigentliche Auserföhrungskabinett wieder der Benützung übergeben; es ist vereinigt mit der Bibliothek, an den bisher üblichen Tagen vom Hauptportal aus zugänglich.

Hauptversammlung des Bundes Deutscher Verkehrsverbände e. V.

Die diesjährige Berliner Hauptversammlung des Bundes Deutscher Verkehrsverbände, der nun in das 4. Jahrzehnt seines Bestehens rückt, war umrahmt von Beratungen der verschiedenen Ausschüsse des Vorstandes. Als Vertreter für Baden waren amwesend: Präsident Dr. Gugelmeier, Mannheim, und Syndikus Rieger für den Badischen Verkehrsverband, ferner Direktor Hieronimi, Mannheim, Direktor Wolff, Baden-Baden, und Verkehrsdirektor Dufner, Freiburg.

Der Bundesvorsitzende, Reichsminister a. D. Dr. Gamm, gleichzeitig Vorsitzender des Reichs- und Hauptauschusses für Fremdenverkehr, gab einen Überblick über die Lage des von der Wirtschaftslage in starke Mitleidenschaft gezogenen Fremdenverkehrs und wies dabei auf den Betrag von 10 000 RM. hin, der in diesem Jahre zum ersten Male in den Reichshaushalt eingestellt worden und zur Förderung des Fremdenverkehrs bestimmt sei. Mit lebhaftem Beifall der Versammlung sprach er die Hoffnung aus, daß nun die Hauptschwierigkeiten für eine dauernde Unterföhrung des deutschen Fremdenverkehrs durch das Reich beseitigt seien, nachdem endlich einmal die schmerzliche brennende Etatposition geschaffen sei. Der Bundesvorsitzende knüpfte daran den Wunsch, daß nun auch die Länder dem Beispiel des Reiches folgen und die Gemeinden trotz ihrer schweren Bedrängnis in ihren Bemühungen um die Förderung des Fremdenverkehrs fortfahren möchten. Bei dem Darniederliegen der einheimischen Wirtschaft in der großen und langen Krise bedeutet der Fremdenverkehr häufig die einzige Befruchtung der Wirtschaft. Mehr denn je sind unzählige Existenzen abhängig vom Fremdenverkehr.

Der Bundesvorsitzende stellte mit Genugtuung den unbestreitbaren Erfolg der erheblich verstärkten Inlandsreiseförderung fest, der dazu geführt habe, daß jetzt die Abkehr von der Bevorzugung des Auslandes in zunehmendem Maße zur guten gesellschaftlichen Sitte geworden sei. Ohne etwa der Autarkie im Fremdenverkehr das Wort reden zu wollen, wünschte die Bundesversammlung, es möge erwogen werden, wie auch der Bund noch stärker für die Werbung für Inlandsreisen eintreten könne.

Die Hauptversammlung beschäftigte sich auch mit den Fragen des Kraftverkehrs, soweit er der Förderung des Fremdenverkehrs dient, und forderte in zunehmendem Maße die Vollfreiheit für die mitgeführte Benzinmenge der vom Ausland nach Deutschland einreisenden Privatwagen und Autotouristen und Beseitigung der Beschränkungen und Genehmigungen für ausländische Kraftwagen in Deutschland.

Für die Ausgestaltung der Sommerurlaubsarten wurde eine Reihe von Wünschen formuliert: Die Zulassung der Rückfahrt frühestens für den 8. Tag, mehrmalige Unterbrechung auch auf der Hin- und Rückfahrt, eine wesentliche Herabsetzung der Mindestentfernung und Einführung einer Winterurlaubsarte. Ablehnend verhält sich vorläufig noch die Reichsbahn gegenüber den Wünschen auf Einführung einer Winterurlaubsarte, die von seiten der badischen Vertreter besonders eindringlich gefordert wurde. Der Winterurlaub habe sich sehr rasch außerordentlich gut entwickelt und bedeute heute namentlich für viele Saisonbetriebe die Grundlage ihres Bestehens.

Die Hauptversammlung beschloß, mit den österreichischen Fremdenverkehrsträgern in eine engere Verbindung zu treten, die in der Form einer noch näher zu umgrenzenden Arbeitsgemeinschaft gefunden werden soll.

Eine große Rolle spielte in den weiteren Erörterungen der Wunsch, in Berlin eine Auskunfts- und Beratungsstelle der deutschen Verkehrsverbände einzurichten. Es wurde dabei besonders auch auf die große Olympiade im Jahre 1936 hingewiesen, die es notwendig mache, an zentraler Stelle mit den stärksten Mitteln für Deutschlandreisen zu werden.

Sir Eric Drummond kommt nach Berlin. Im Laufe der nächsten Woche kommt der bisherige Generalsekretär beim Völkerverbund, Sir Eric Drummond, nach Berlin, um über die Neubestellung des Deutschen zusehenden Postens eines Unter-Generalsekretärs beim Völkerverbund zu verhandeln. Dem „B.Z.“ zufolge, soll als deutscher Unter-Generalsekretär, der die Abteilung für Finanzen und Wirtschaft leiten soll, der frühere Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Trendelenburg, in Frage kommen.

Wahlaufruf des deutschen Handwerks. Das deutsche Handwerk tritt mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der die Handwerker auffordert, am 6. November ihre Pflicht zu tun und zur Wahlurne zu gehen. Es heißt darin: „Gebt Eure Stimmen den Parteien, die für die Freiheit der Nation, für Recht und Wohlfahrt des Volkes, für den Gedanken der selbstverantwortlichen Persönlichkeit und die Sicherung und Erhaltung des Privateigentums und darum für eine positive Politik des Schutzes und der Förderung des gewerblichen Mittelstandes eintreten.“

Nationalsozialistischer Kaffee Flugtag verboten. Der von der NSDAP anlässlich des Gantreffens des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkörpers und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps des Gaus Gießen-Kassel-Nord für den 23. Oktober auf dem Wadbauer Flugplatz bei Kassel vorgesehene Großflugtag, der u. a. Bombenabwürfe auf einen aufgebauten Stadtteil und Gasfachübungen vorsah, ist verboten worden.

Kleine Chronik

Bei der gestrigen Aufföhrung der Straußschen Oper „Salome“ im Elberfelder Haus der Wuppertaler Bühne verübten unbekannt Täter einen Tränengasanschlag auf das bis zum letzten Platz gefüllte Theater, der das Publikum zu fluchtartigem Verlassen des Theaters zwang. Die Vorföhrung konnte erst mit 1 1/2stündiger Verspätung begonnen werden.

Das Schöffengericht in Embden verurteilte einen Trimmer als einen der Häufelföhrer der Oktober-Revolution in russischen Häfen zu zwei Jahren Zuchthaus.

Bei einer Schlägerei zwischen Angehörigen der SPD. und der NSDAP. in Berlin wurden zwei Nationalsozialisten durch Messerstiche verletzt.

In Berlin wurde am Freitag endlich im Caro-Betschel-Prozess die Beweisaufnahme beendet. Der Erste Staatsanwalt beantragte, Geheimrat Professor Dr. Caro in vollem Umfang freizusprechen und die Kosten des Verfahrens dem Rebellentäter, Dr. Ernst Betschel aufzuerlegen.

Im Zuchthaus von Fort Smith in Kanada ist eine Revolte ausgebrochen. 110 Zuchthäuser übermächtigen 40 Aufseher. Artillerie mit Maschinengewehren wurden von Kingston aus entsandt. Sie halten das Zuchthaus umzingelt. Da die Aufständischen seit 24 Stunden ohne Nahrung sind, nimmt man an, daß sie sich bald ergeben werden.

In Komatsu (Japan) sollen über 1000 Häuser durch eine Feuersbrunst zerstört worden sein.

In der heutigen Vormittagsziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel ein Gewinn von 100 000 RM. auf die Nummer 331 354. Das Los wird in Achstollen in Württemberg und Berlin geipelt.

Aus den Ländern

Bayern und die Reichsreform

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld hat in einer Rede in Neuchâtel (Öberpfalz) auch über die Stellung seiner Partei zum Kabinett Papen gesprochen.

Zur Reichsreform erklärte er, wenn die Reichsregierung glaube, daß sie mit einem fertigen Entwurf, bei dem Bayern nicht gehört worden sei, ein politisches Geschäft machen könne, so werde sie sich irren. Die Bayerische Volkspartei werde nicht mittun bei einer Reichsreform, in der die einzelnen Länder nicht ihre volle staatspolitische Selbständigkeit wieder erhielten, soweit das Reichsinteresse es zulasse. Dazu gehörte die Gebietsautonomie und die Verfassungsautonomie. Die Bayerische Volkspartei lehne jedes unitarische und zentralisierte Reich ab. Jede Reform müsse Deutschland von innen heraus wieder lebendig machen. Die Zuständigkeit des Reichs und die Zuständigkeit der Länder müßten in der neuen Verfassung genau umgrenzt werden. Es dürfe nicht mehr so sein, daß das Reich für alle der Einzelne sei und dann nach Willkür so quasi nach einem Dotationsystem das Geld an die Länder wieder veräußere.

Aber die Stellung der Bayerischen Volkspartei zur Regierung Papen sagte Dr. Feld: „Wir verlangen, daß die Regierung in Berlin auch das entsprechende Verständnis für Bayern und für seine Lage aufbringt und daß die Regierung nicht einseitige Standespolitik betreibt, sondern wahre christliche Volkspolitik. Wenn die Regierung so verfährt, dann darf sie darauf rechnen, daß sie uns Bayern als treueste Mitarbeiter an der Seite hat. Wir werden nicht abgehen von unserem Böhmerland und von der Vertretung der Selbständigkeit. Uns genügt nicht das Wort „Föderalismus“, wir wollen die Taten sehen. Uns genügt nicht das Wort „Sozialpolitik“, auch da wollen wir Taten sehen.“

In einer Münchener Versammlung der Bayerischen Volkspartei erklärte der Reichstagskandidat und Führer der „Bayernmacht“, Ritter von Koz, wenn es richtig liege, daß, wie der Reichstagskandidat in München gesagt habe, die Stunde der Wiederherstellung aus der Tiefe des Tales bevorstehe, dann müsse sie auch für alle beginnen. Dann dürfe man nicht für eine Seite, und zwar, für die sozial schwächere, brutale Kürzungen der Renten und Löhne und Änderung des Arbeitsrechts diktieren, während man die andere mit Steuererleichterungen und Prämien beschenke. In einer Reichsreform habe Bayern ein berechtigtes Interesse, aber sie müsse föderalistisch sein nicht nur dem Worte, sondern auch dem Geiste nach. Das, was anscheinend jetzt in Berlin geplant werde, die Wiederherstellung der alten preussischen Vormachtstellung ohne gleichzeitige ausreichende Sicherung der süddeutschen Länder, habe mit echtem Föderalismus nichts mehr zu tun. Die Bayerische Volkspartei erkläre hierzu: „Die Wiederherstellung der Vormachtstellung Preußens im Sinne des Bismarck-Reiches hätte zur Folge, daß auch Bayern die alte Rechtsstellung im Bismarck-Reich im weitesten Umfang wieder für sich in Anspruch nehmen müßte. Mit dem Einspruchsrecht der Verfassungsautonomie und sonstigen von der Reichsgewalt abgeleiteten Gnaden sei es da nicht getan.“ Wenn die Stunde kommen sollte, da das bayerische Volk seinen König ruft, dann muß es ein König nach eigenem Recht, nach bayerischem Recht, sein. Uns hilft nur eines: Auf die Verfassung zu pochen, und wenn diese einmal wanken sollte, uns zu befehlen auf unsere tausendjährigen heiligen Rechte.“

Dr. Paul Silberberg, der am vergangenen Freitag an Stelle des verstorbenen Louis Hagen zum Präsidenten der Kölner Industrie- und Handelskammer gewählt wurde, wies in einer Ansprache darauf hin, daß wieder auf die Individualisierung in der Wirtschaft hingewirkt werden müsse. Voraussetzung für einen Wiederaufbau sei ferner, daß das Privatgut in keiner Weise angetastet werde. Ein solches Antastet er aber auch in der steuerlichen Überlastung. Die Kontingenzierungsmaßnahmen hätten jetzt schon nachteilige Störungen in Wirtschaft und Produktion hineingetragen. Der Kredit als wichtigste und weitreichendste Funktion stehe und falle mit der Ordnung der Finanzen der öffentlichen Hand.

Reichsregierung und Werbezentrale Volksdienst. In einem Berliner Blatt wurde der Reichsregierung der Vorwurf gemacht, sie finanziere auf dem Wege über die Werbezentrale Volksdienst Propagandaartikel, die geeignet seien, die Zerplitterung im deutschen Volke zu verschärfen. Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß die Werbezentrale Volksdienst keinerlei Organisation des Reiches ist und keinerlei staatliche Gelder bezieht.

Badischer Teil

Zur Konkordatsfrage in Baden

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

„Durch eine Reihe von Blättern geht zur Zeit die Behauptung, daß in den zwischen dem Lande Baden und den beiden großen Kirchengemeinschaften abzuschließenden Verträgen die Staatsleistungen an die Kirchen gegenüber den bisherigen bedeutend erhöht würden. Diese Behauptungen entbehren jeder Grundlage und sind unwahr. Die Staatsleistungen an die Kirchen werden sich auch in Zukunft im Rahmen derjenigen Höhe bewegen, die im Staatsvoranschlag vorgezeichnet ist. Die sogenannten Freiwilligkeitsleistungen des Staates an die Kirchen werden von den Kirchenverträgen nicht berührt.“

Auslösung von Schöffen und Geschworenen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

„In der Nr. 273 der Mannheimer „Vollstimme“ vom 7. Oktober 1932 hat ein Herr „B“ einen Artikel veröffentlicht, der sich unter der Überschrift „Wie werden die Schöffen und Geschworenen „gemacht“? Geheimnisräuberei um eine öffentliche Angelegenheit — Justitia mit dem glücklichen Griff oder das Mysterium der Auslösung“ mit der Frage der Auswahl und der Auslösung der Schöffen und Geschworenen befaßt.“

Es erübrigt sich, auf die teils unzutreffenden, im übrigen tendenziösen Ausführungen des unbekannten Verfassers im einzelnen einzugehen. Wenn er glaubt, seinem Ubelwollen gegen die Organe der Rechtspflege durch den Vorwurf Ausdrucks geben zu können, es werde bei der Auslösung der Laienrichter das vom Gesetz gewollte Zufallsergebnis durch unfaulbere Manipulationen verfälscht, so müssen derartige, durch nichts beweisbare Verdächtigungen, die das noch hinnehmbare Maß von Kritik an staatlichen Einrichtungen weit überschreiten, schärfstens zurückgewiesen werden.

Der Abschied von der badischen Heimat

Umzug badischer Siedler nach Fürsten-Ellguth in Schlesien

Am letzten Mittwoch haben sich im Hauptbahnhof Karlsruhe neun Siedlerfamilien zusammengefunden, um gemeinsam nach ihrer neuen Heimat, Fürsten-Ellguth in Schlesien (Kreis Oels), zu fahren. Ein Teil ihrer männlichen Angehörigen befindet sich schon einige Wochen auf diesem Gut und hat dort am Aufbau der Siedlung mitgeholfen. Nun sind die noch in der Heimat befindlichen Siedler dorthin umgezogen. Ihren bisherigen Wohnsitz in Wilferdingen, Emlendingen, Gemmingen, Kegelsburt und Reichenbach (Amt Eitlingen) haben diese Familien verlassen, um für sich und ihre Kinder eine auskömmliche Existenz zu schaffen. Trotzdem war es für diese Familien nicht leicht, den Mut zu finden, ihre alte Heimat zu verlassen. Schon am Montag, den 17. Oktober, haben sie ihr Mobiliar, ihre landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen in Gütermotoren verladen und zum Verlad gebracht. Fürsten-Ellguth ist, wie fast alle badischen Siedlungen, landsmannschaftlich geschlossen. Daher werden die Siedler um so schneller das Heimweh vergessen.

Sämtliche Siedler haben die kostenlose Beratung der Reichsstelle für Siedlerberatung, Zweigstelle Baden in Karlsruhe, Schloßplatz 19, in Anspruch genommen und wurden von dieser Stelle unterstützt. Der Leiter der Reichsstelle für Siedlerberatung, Dipl.-Landw. Bauer, hat sie auf der Fahrt begleitet und wird einige Tage auf dem Siedlungsgut bei ihnen verbleiben. Zum Abschied in Karlsruhe hatten sich außer Verwandten und Bekannten der in ihre neue Heimat fahrenden Siedler auch der Leiter der Siedlungsabteilung des Ministeriums des Innern, Ministerialrat Dr. Imhoff, sowie Reg.-Rat Kaist eingefunden, die den Siedlern den besten Erfolg in ihrer zweiten Heimat wünschten. In sinniger Weise hatte man den Siedlerfamilien noch Fährten gegeben, die bei den Siedlern und besonders bei ihren Kindern große Freude hervorriefen. Als der Zug sich langsam in Bewegung setzte, winkten die gelbrotgelben Farben zum Abschied, bis sie in der Dunkelheit verschwand. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat auch bei dieser Fahrt wie bei den anderen Umzügen einen bis zur Endstation (Wittich) durchlaufenden Sonderwagen bereitwillig zur Verfügung gestellt. Es sei hierfür bei dieser Gelegenheit der Reichsbahndirektion Karlsruhe von allen Siedlern bestens gedankt. Auch sei an dieser Stelle der Dank an das badische Ministerium des Innern zum Ausdruck gebracht, welches imigen Siedlern durch Gewährung von Heimattrediten die Umsiedlung ermöglicht hat und der badischen Siedlerberatungsstelle stets fördernd zur Seite steht. Das Badenland wünscht den Siedlern Glück und Erfolg in ihrer neuen Heimat. ab.

Ablöschung der Bauarbeiten am Kanal Mannheim-Heilbronn

In der letzten Bezirksratsitzung in Heilbronn berichtete der Vorsitzende über den Stand der Verhandlungen wegen Weiterführung der Bauarbeiten am Redar Kanal. Danach darf mit einer wesentlichen Ablöschung der ursprünglich in Aussicht genommene Bauzeit für die Strecke Mannheim-Heilbronn gerechnet werden.

Aus der badischen Industrie

Arbeitskonflikt in Mannheim beigelegt. In einer Belegschaftsversammlung der Schiffswerft in Mannheim nahm die Belegschaft zu dem neuen Verhandlungsergebnis, wonach die Arbeiter wieder zu ihren alten Rechten weiterbeschäftigt werden, Stellung. Es wurde die Arbeitswiederaufnahme auf Freitagvormittag beschlossen. Damit ist der Arbeitskonflikt beigelegt.

Nr. 51 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Bestimmungen des Ministers des Innern: Polizeiliche Maßnahmen aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahl; des Justizministers über Änderung des Landesjustizdienstgesetzes; Bekanntmachung des Ministers des Innern: Vornahme einer Viehzählung am 1. Dezember 1932.

Millionen Deutscher leiden Not spendet zur Winterhilfe 1932/33!

Aus der Landeshauptstadt

Die Spendenverteilung der Karlsruher Rotgenossenschaft wird sich in diesem Jahre neben der Ausgabe von Brennstoff, die erst später erfolgt, in der Hauptsache auf die Abgabe des verbilligten Mittagessens beziehen. Welche Beliebtheit gerade dieses Essen erlangt hat, geht daraus hervor, daß während des letzten Winterhilfemeseres über 300 000 verbilligte Essen an die Bedürftigen verteilt werden konnten. Die verbilligte Essenausgabe findet ab 2. November 1932 in 17 verschiedenen, in den einzelnen Stadtteilen verteilten Wohlfahrtsküchen statt. Die Rotgenossenschaftskämpfer können daher die zur Teilnahme an der Mittagspeisung geltenden Teilnehmerkarten schon jetzt bei den bekannten Verteilungsstellen der Rotgenossenschaft für den Monat November in Empfang nehmen. Es wird hierbei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Küchen angehalten sind, von jedem Essenteilnehmer 15 Pf. für das Essen in bar täglich zu erheben, da die Rotgenossenschaft bei der großen Zahl der Bedürftigen nur die Hälfte des Essenpreises übernehmen kann. Eine verlässliche Kontrolle bei den Küchen wird dafür Sorge tragen, daß irgend welcher Mißbrauch mit den Essenkarten nicht stattfinden kann.

Der letzte Tag der „billigen Urlaubarten“. Wie die Reichsbahndirektion Karlsruhe mitteilt, herrschte am Freitag, dem letzten Tag der Abgabe der noch zehn Tage gültigen billigen Urlaubarten über 200 Kilometer, an fast allen badischen Bahnhöfen eine rege Nachfrage nach Fahrkarten, hauptsächlich nach solchen nach Norddeutschland und dem Rheinland. Die Reichsbahndirektion glaubt verzeichnen zu können, daß der Erfolg der Urlaubarten ein über Erwartetes guter gewesen ist. Von den nordbadischen Stationen wurden Urlaubarten vorzugsweise nach dem Oberrheingebiet, dem Allgäu, Tirol und dem bairischen Alpenvorland verlangt. Die Reichsbahndirektion wird die Zahlen der ausgegebenen Urlaubarten-Fahrkarten und die bevorzugten Fahrtrichtungen ziffermäßig feststellen und einen Bericht mit dem gesammelten Erfahrungen den zuständigen Handelskammern weiterleiten. Aus dem Schwarzwald werden Anregungen laut, künftig die Urlaubarten schon auf eine Strecke von 100 Kilometer in Gültigkeit zu bringen.

Wohlfahrtsmärkte. Vom 1. November an werden die Postanstalten und die Deutsche Reichspost neue Wohlfahrtsmärkte zu 4, 6, 12, 25 und 40 Pf. vertreiben. Für die Marken wird ein Zuschlag von 2, 4, 8, 10 und 40 Pf. zugunsten der deutschen Wohlfahrtspflege erhoben. Die Marken zeigen folgende Bilder: 4 Pf. Wartburg, 6 Pf. Schloß Stolzenfels, 12 Pf. Burg Kirnberg, 25 Pf. Schloß Lichtenstein, 40 Pf. Schloß Marburg.

Verbung für das Landestheater. Das für Samstag, den 22. Oktober, 16.30 Uhr bereits angekündigte Konzert unserer vortrefflichen Foliekapelle auf dem Stephansplatz (hinter der Hauptpost) dient, worauf noch einmal nachdrücklich hingewiesen sei, dem Werbezweck für das Landestheater und bietet dementsprechend ein sorgfältig zusammengestelltes Programm. Da die Künstlerkapelle unserer Bühne nicht verfehlt wird, durch ihre Anwesenheit den Charakter der Veranstaltung zu betonen, dürfte nicht zu bezweifeln sein, daß sich die Freunde unserer hauptsächlichsten Theaterpflege vollzählig zusammenfinden werden.

Badisches Landestheater. Als Ernteaufführung geht am Dienstag, den 25. Oktober, die Operette „Eine Nacht in Venedig“ von Johann Strauß in Szene und wird bereits am Freitag, den 28. Oktober, zum erstenmal wiederholt. Das Liedbuch wurde schon vor Jahren durch Dr. Carl Hagemann, der auch jetzt hier die Inszenierung übernommen hat, einer Bearbeitung unterzogen, die die ursprüngliche Handlung zwar unverändert ließ, sie aber von den alten, dem heutigen Stilgefühl nicht mehr entsprechenden possenhafte Zutaten in der Absicht säuberte, den im Wesen seiner köstlichen Musik liegenden Charakter des Werks, mit dem es sich — wie „Die Fledermaus“ und „Der Zigeunerbaron“ — der Gattung der komischen Oper annähert, zu seinem Recht kommen zu lassen. — Diese letzte Oktoberwoche bringt noch Wiederholungen der Oper „Die ägyptische Helena“ von Richard Strauß am Mittwoch, den 26. der Komödie „Schneider Bibbel“ am Donnerstag, den 27. Oktober, und — am Sonntag, den 30. Oktober — als Nachmittagsvorstellung Gounods Oper „Margarethe“ und abends Mozarts „Figaros Hochzeit“ im Konzerthaus gelangt das Singspiel „Fiedling adieu“ zur Wiederholung. — Die seit längerem angekündigte Uraufführung des Dramas „Sch Suche die Erde“ von Friedrich Roth, dem jungen badischen Dichter, geht nunmehr nach gründlicher, mühevoller Vorbereitung unter der Spelileitung Felix Waumbachs am Samstag, den 29. Oktober, in Szene. — In Vorbereitung befinden sich eine Neueinstudierung des Bauernkriegsdrames „Florian Geyer“, des im November seinen 70. Geburtstag begehenden Dichters Gerhart Hauptmann; ferner die Ernteaufführung des neuen, mit größtem Erfolge in Leipzig uraufgeführten Stückes „Robinson soll nicht sterben“ von Friedrich Förster, des blutigen Verfassers des Schülerdramas „Der Strauß“ und des Lustspiels „Der Mann mit den grauen Schläfen“ von Leo Benz.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Das Wetter ist trocken geblieben und war gestern auch für die Jahreszeit sehr mild (Maximum in der Höhebene 18 Grad). Die gestern zum Teil fürmigen Südwestwinde haben inzwischen abgeflaut, werden aber heute wieder auffrischen, da eine neue Landkyllone über dem Kanal heranzieht. Auch sind in Verbindung mit dieser Störung später auch Niederschläge zu erwarten. Ein Vorstoß ozeanischer Kaltluft wird gleichzeitig Abkühlung verursachen. Voraussage: Kühler, meist wolfig und zeitweise Niederschläge bei weichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 223 minus 2, Basel 15 minus 3, Rehl 235 plus 2, Maxau 884 minus 2, Mannheim 249 minus 5, Caub 176 minus 1.

Gemeinderundschau

Die Bürgersteuer in Baden

Die meisten Gemeinden sind jetzt daran — soweit dies noch nicht geschehen —, sich mit der Bürgersteuer für das Jahr 1933 zu befassen. Fast allgemein kann man feststellen, daß die Stadt- und Gemeinderäte die Festsetzung der Bürgersteuer ablehnen und sie dem Bürgermeister überlassen.

In Durlach ist die Bürgersteuer für 1933 auf den sechsfachen Landesfuß, in Wiesloch, in Gudenheim und in Wetzshausen auf den fünffachen Landesfuß festgesetzt worden. Die kleine Gemeinde Hoxel bei Lausenburg hat die Verdoppelung der Bürgersteuer vorgenommen.

In Eberbach beschloß der Gemeinderat gegen die vom Bürgermeister in der Sitzung vom 13. Oktober auf Grund der Bestimmungen des § 11 der Badischen Haushaltsnotverordnung angekündigten Anordnung, für das Jahr 1933 die Bürgersteuer in Höhe des sechsfachen Landesfußes zu erheben, Einspruch beim Bezirksamt Heidelberg einzulegen.

Der Gemeinderat Schweisingen hat den Vorschlag des Vorsitzenden, ab Kalenderjahr 1933 eine Bürgersteuer in Höhe von 600 v. S. des Landesfußes zu erheben, abgelehnt. In der Begründung zu diesem Vorschlag wies der Vorsitzende darauf hin, daß der Herr Reichsfinanzminister die Voraussetzungen für die Gewährung einer Wohlfahrtshilfe nur noch als erfüllt ansieht, wenn die Bürgersteuer 1933 mindestens in Höhe von 500 v. S. des Landesfußes erhoben wird, während die weitere Erhöhung (auf 600 v. S.) des Landesfußes durch Steuerausfall infolge Wegfall des Frauenausfalls, Sperre der Realsteuern, Schrumpfung der Steuerwerte und Verminderung der Reichsüberweisungen und zum Ausgleich des im Haushalt 1932/33 bestehenden Fehlbetrags unerlässlich sei. Gegen die auf Grund Artikel 11 (Durchführung des Haushaltsausgleichs) der Bad. Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 hiermit erforderlich gewordenen Anordnung erhob der Gemeinderat Einspruch an die Staatsaufsichtsbehörde (Bezirksamt).

In Breisach hat der Bürgermeister mit Wirkung vom 1. Januar 1933 die Erhebung der Bürgersteuer in Höhe des dreifachen Landesfußes angeordnet, nachdem der Gemeinderat eine dahingehende Vorlage abgelehnt hatte.

Der Lehrer Oberbürgermeister ordnete die Erhebung der fünffachen Bürgersteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1933 an. Der Gemeinderat Neustadt i. Schw. hat die Bürgersteuererhöhung auf den fünffachen Landesfuß einstimmig abgelehnt. Sie wird daraufhin vom Bürgermeister wohl kommissarisch in Kraft gesetzt werden.

Die Freiwillige Feuerwehr Heilberg feierte am Sonntag ihr 75-jähriges Bestehen mit einem Festakt, an dem u. a. Landeskommisar Dr. Scheffelder, Polizeidirektor Ahnenhaed, Oberbürgermeister Reihhaus und der Ehrenpräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Wirtl. Geh. Rat Lang, teilnahmen. Der Stadtrat hat den Kommandanten der Wehr, Präsident Müller, zum städtischen Branddirektor ernannt.

Die wachsende Stadt Weil a. Rh. bei der am 10. Oktober vorgenommenen Volkszählung wurden 8289 Einwohner festgestellt, gegenüber 5600 im Jahre 1925 in der damaligen Großgemeinde Weil.

Freiwilliger Arbeitsdienst. Einen beachtenswerten freiwilligen Arbeitsdienst hat die Gemeinde Königfeld i. Schw. eingerichtet. In einem vom 8. Oktober 1932 bis 3. März 1933 dauernden Kurs werden weibliche Personen damit beschäftigt, für notleidende badische Gemeinden Kleidung und Wäsche herzustellen.

Der Gemeindevoranschlag Mudau wurde vom Bürgerausschuß einstimmig angenommen. Zur Dedung des Fehlbetrages von 20 012 M. wird eine Umlage von 1,19 M., ferner für das Betriebsvermögen 4,55 und für den Gemeinbeitrag 8,55 Reichsmark erhoben.

Kurze Nachrichten aus Baden

Festungstrafe für zwei Mannheimer Kommunisten
 Hb. Mannheim, 21. Okt. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat hatten sich am Donnerstag der 33jährige verheiratete Friedrich Weigel und der 23jährige Peter Cimuth, beide hier wohnhaft, vor dem 5. Straßsenrat und langjährige Mitglieder der KPD in Mannheim, wo sie leitende Posten einnahmen. Im Juni 1931 fand in Mannheim eine Sitzung statt, in der die Einrichtung eines illegalen Kurierdienstes beschlossen wurde. Cimuth betrieb eine Broschüre „Roter Alarm“, eine Parteizeitschrift, durch die insbesondere Schupo und Reichswehr in kommunistischem Sinne beeinflusst werden sollten. Außerdem wurden bei den Angeklagten die Adressen von Polizeibeamten aufgefunden, die für die kommunistische Bewegung zu gewinnen versucht werden sollten. Beide Angeklagten verlegten sich auf Zeugen, wurden aber durch die Zeugenausagen dreier Beamter der politischen Polizei stark belastet. Das Urteil lautete für Cimuth auf ein Jahr, drei Monate, für Weigel auf neun Monate Festung.

Hb. Pforzheim, 21. Okt. Im benachbarten württembergischen Viersfeld brach ein Großfeuer aus, dem fünf Wohnhäuser und vier Scheunen zum Opfer fielen. Fünf Familien mit 30 Personen sind obdachlos geworden.

Hb. Offenburg, 21. Okt. Nach dem Offenburgener Polizeibericht mußte gestern abend anlässlich einer Versammlung in der landwirtschaftlichen Halle die Hauptstraße bei der Kronenwiese von Demonstranten gesäubert werden. Hierbei wurden zwei Personen, die durch aufreizende Reden die Menge aufzuwecken versuchten, durch die Polizei zwangsgestellt.

Hb. Zell i. B., 21. Okt. Gestern nachmittag wurde der Bürgermeisterstellvertreter auf offener Straße von einem Mann tödlich angegriffen. Er erhielt dabei mehrere Schläge mit einem Stod über den Kopf, die eine Augenverletzung herbeiführten. Es handelt sich um einen Madenack. Der Täter vermutete, als er sich zu Unrecht, daß der Bürgermeisterstellvertreter Schuld daran sei, daß der Täter seine bisherige Wohnung in einem Privathause räumen mußte und dafür eine ihm nicht gefallende städtische Wohnung beziehen mußte.

Hb. Herrenals, 21. Okt. Die stark befahrene Döbel-Fahrstraße auf eine Länge von 3,3 Kilometer, und zwar von der Döbelhöhe bis unmittelbar nach Herrenals wird verbreitert und ausgeweitet. Das oberste Döbelstück ist bereits ausgeweitet. Insbesondere werden die zum Teil scharfen Bindungen und Kurven übersichtlich gestaltet werden. Die Arbeiten erfordern einen Erdaushub von 16 700 Kubikmeter, ferner 500 Kubikmeter Felsausbruch, 12 000 Quadratmeter Vorlage, 2000 Kubikmeter Schotter und Grus. Die Arbeiten selbst dürften sich auf mehrere Monate erstrecken.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	22. Oktober		21. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.73	170.07	169.63	169.97
Kopenhagen 100 Kr.	74.08	74.22	74.13	74.27
Italien . . . 100 L.	21.55	21.59	21.55	21.59
London . . . 1 Pf.	14.27	14.31	14.28	14.32
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.56	16.60	16.54	16.58
Schweiz . . . 100 Fr.	81.34	81.50	81.29	81.45
Wien 100 Schilling	51.95	52.02	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die kommunalen Schakanweisungen. Der Deutsche Städte- tag teilt mit: Über die Regelung der kommenden städtischen Schakanweisungsfälligkeiten haben Verhandlungen beim Deutschen Städte- tag mit Vertretern der hauptsächlich beteiligten Städte Frankfurt a. M., Köln, Berlin, Breslau, Dresden und Heidelberg stattgefunden. Es ist begrüßt worden, daß die Schuldnerstädte, deren Schakanweisungen zunächst fällig werden, den durch die Notverordnung vom 24. September 1932 geschaffenen Weg, um zu einer Verständigung mit den Gläubigern zu gelangen, beschritten und eine Gläubigerversammlung zu dem frühest möglichen Termin einberufen haben. Völlige Übereinstimmung besteht unter den Städten darüber, daß von ihnen alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um eine alle Teile befriedigende Lösung der Schakanweisungsfrage herbeizuführen.

Staffelweise Auflösung der Getreidelombardebefehle ange- strebt. In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse am Getreidemarkt, werden, wie die W.F.B.-Handelsdienst erfährt, gewisse Möglichkeiten erwogen, die Getreidelombardebefehle staffel- weise aufzulösen, um zu verhindern, daß bei Ablauf der Ein- lagerungsfristen die zurückgestauten Mengen den Markt plötz- lich überfluten. Die Bestrebungen gehen dahin, die Lombar- denkontrakte jeweils nur für einen Teil der Lagermengen ablau- fen zu lassen und für den Rest weitere Reichszuschüsse zur Zins- und Lagergeldberichtigung bereitzustellen.

Die Mannheimer Handelskammer hielt eine Vollversammlung ab, in der Präsident Dr. Enel einen Überblick über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in den letzten Monaten gab. Endgültiges über die Auswirkungen der Notverordnung könne heute noch nicht gesagt werden. Unverkennbar aber sei, daß sich ein gewisser Optimismus in der Beurteilung der bevor- stehenden wirtschaftlichen Entwicklung bemerkbar mache, der auch bereits zum Teil zu einer tatsächlichen Besserung geführt habe. Es sei dringende Pflicht von Industrie und Handel, die Regierung bei ihren Bestrebungen, das wiederaufkommende Vertrauen zu fördern und zu pflegen, mit allen Kräften zu

unterstützen. Bedenklich würden nur die Ankündigungen der Regierung auf handelspolitischem Gebiet stimmen. Im Interesse der Aufrechterhaltung des deutschen Exports, der heute immer noch für eine Million Menschen Arbeitsmöglichkeit bietet, könne nicht genug vor den Gefahren der Kontingentierungs- maßnahmen, die naturgemäß wieder neue Hemmnisse für die deutsche Ausfuhr nach sich ziehen würden, gewarnt werden. Es sei dringend zu hoffen, daß die Reichsregierung durch die Erfahrungen, die sie mit der Ankündigung ihres Programmes gemacht habe, von weitgehenden Plänen Abstand nehme. Generaldirektor Jaeger erstattete einen weitgehenden Bericht über die Lage der Rheinschiffahrt. Die Versammlung nahm von seinem Plan, der zur Herbeiführung einer Änderung in den Verhältnissen der Rheinschiffahrt in besonderem Maße geeignet erscheint, Kenntnis und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Plan möglichst bald seine Verwirklichung finden möge. Einem Vorschlag des Justizministeriums, die Zahl der Handels- richter zu vermindern, stimmte die Versammlung nach einem Bericht von Professor Dr. Blauvelt zu.

Weitere Mehlpreiserhöhung. Die süddeutschen Großmül- len haben am Freitag wiederum, wie bisher an allen Tagen dieser Woche, die Mehlpreise um 0,10 RM. für Weizenmehl Spezial Null auf 30,60 RM. und für desgleichen mit Aus- landsweizen auf 31,60 RM. je 100 Kilogramm ermäßigt.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 25.-30. Oktober 1932.
 Im Landestheater:
 Dienstag, 25. Okt. * C 5 Th.-Gem. 701-800. Neu einstudiert: Eine Nacht in Kenegib. Operette von Johann Strauß. 20-22.30 (5 RM.).
 Mittwoch, 26. Okt. * A 5 (Mittwochmiete) Th.-Gem. II. C. 5. Gr. Die ägyptische Helena. Oper von Richard Strauss. 19.30 bis gegen 22 (5 RM.).
 Donnerstag, 27. Okt. * D 6 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 501 bis 600. Schneider Bibbel. Komödie von Müller-Schlösser. 20-22.15 (3,30 RM.).
 Freitag, 28. Okt. * F 6 (Freitagmiete) Th.-Gem. 401-500. Eine Nacht in Kenegib. Operette von Johann Strauß. 20-22.30 (5 RM.).
 Samstag, 29. Okt. * G 5 Th.-Gem. III. C.-Gr. 1. Hälfte. Draufgänger. Ich suche die Erde. Drama von Friedrich Schiller. 20-22 (3,90 RM.).
 Sonntag, 30. Okt. Nachmittags: 3. Vorstellung der Sonder- miete für Auswärtige: Margarethe. Große Oper von Cou- nod. 15.15-18 (3,20 RM.).
 Abends: * E 5 Th.-Gem. 601-700. Figaros Hochzeit. Komische Oper von Mozart. 19.30-22.45 (5,70 RM.).
 Im Städtischen Konzerthaus:
 Sonntag, 30. Okt. * Lieblich adieu. Musikalisches Lustspiel von Billy. 19.30 bis nach 22 (2,60 RM.).

EINTRACHT
 Dienstag, 25. Okt., 8 Uhr
Einziges Konzert des spanischen Violinvirtuosens
Professor Juan Manén
 (Barcelona) Am Flügel: Franz Hottel
 Brahms: Violin-Klavier-Sonate D-moll, op. 108, Beethoven: Romantische G-dur, Paganini: 2. Violin-Konzert H-moll, La Campanella genannt, Wieniawski: Legende, Ragini- Manén: Le Coucou Manén: Losi Sarasate: Zigeunerweisen
 Karten zu — 80 bis 3.— RM. bei Bielefeld a. Marktpl. u. bei Kurt Neufeld Waldstraße 81

Rathausaal
 Freitag, 28. Okt., 20 Uhr
Klavier-Abend
ELLY NEY
 Beethoven
 32 Variationen C-moll, Sonate Es-dur op. 7, Sonate D-moll op. 31 Nr. 2, Variationen F-dur op. 34, Sonate C-moll op. 111
 Karten von — 80 bis 3.— RM. im Vorverkauf bei Bielefeld am Marktplatz (rechte Saalhälfte) und bei Kurt Neufeld Waldstraße 81.

Ablösungsanleihe der Stadt Billingen (Schwarzwald)
 Bei der heute vorgenommenen 5. urkundlichen Aus- losung von Auslosungsrechten für das Jahr 1932 wurden folgende Auslosungsscheine zur Heimzahlung ge- zogen:
 Buchstabe A: Nr. 6.
 Buchstabe B: Nr. 13, 25, 26, 64 und 73.
 Buchstabe C: Nr. 25, 27, 42, 43, 44, 117, 118, 122, 128, 156 und 165.
 Die gezogenen Auslosungsscheine werden mit dem 5fachen ihres Nennwertes heimbezahlt. Die Zinsen in gesetzlicher Höhe von jährlich 5% werden vom 1. Januar 1928 bis 31. Dezember 1932, also für 7 Jahre mit zusammen 35% mit dem Kapitalbetrag vergütet.
 Die Einlösung der Auslosungsscheine erfolgt vom 15. Dezember 1932 ab gegen Rückgabe der Auslosungs- scheine und der Schuldverschreibungen der Ablösungs- anleihe durch die Stadthauptkasse Billingen.
 Von den bei früheren Auslosungen gezogenen Scheinen ist noch nicht eingelöst:
 Buchstabe C: Nr. 53 (4. Auslosung).
 Billingen (Schwarzwald), den 20. Oktober 1932.
 Der Bürgermeister.

Auslosung der Anleiheablösungsschuld der Stadt Konstanz
 Bei der heute vorgenommenen Ziehung der Aus- losungsrechte für das Jahr 1932 wurden folgende Nummern gezogen:
 Buchstabe A: Nr. 9, 28, 100, 133, 144, 146, 154, 155, Buchstabe B: Nr. 10, 36.
 Buchstabe C: Nr. 70, 83, 98, 100, 138, 148, 163, 196, 201, 203.
 Buchstabe D: Nr. 32, 35, 79, 88, 108, 109, 141, 144, 145, 169.
 Buchstabe E: Nr. 1, 3, 15, 26, 56, 62, 69, 73, 86, 124, 125, 136, 161, 237, 243, 251.
 Buchstabe F: Nr. 7, 13, 31, 53, 68, 69, 92, 101, 120, 122, 127, 155, 156, 172, 187, 194, 205, 218, 230.
 Bei der Einlösung werden für je 12,50 RM. Nennwert der Auslosungsscheine bezahlt 62,50 RM. dazu 5 v. H. Zins für die Zeit vom 1. Ja- nuar 1928 bis 31. Dezember 1932 21,88 RM. zusammen 84,38 RM.
 Die Einlösung der gezogenen Auslosungsscheine erfolgt vom 31. Dezember 1932 ab gegen Rückgabe der Auslosungsscheine und eines gleichen Nennbetrages in Schuldverschreibungen der Anleiheablösungsschuld der Stadt Konstanz bei der Stadtkasse Konstanz.
 Aus früheren Jahren sind folgende gezogene Aus- losungsscheine noch nicht zur Einlösung vorgelegt worden:
 Für 1926 und 1927:
 Buchstabe D: Nr. 29, 166.
 Buchstabe E: Nr. 49.
 Buchstabe F: Nr. 148.
 Für 1928:
 Buchstabe D: Nr. 127.
 Buchstabe E: Nr. 154.
 Buchstabe F: Nr. 95, 145.
 Für 1929:
 Buchstabe E: Nr. 96, 122.
 Buchstabe F: Nr. 225.
 Für 1930:
 Buchstabe E: Nr. 27, 190.
 Buchstabe F: Nr. 121, 124, 138, 165.
 Für 1931:
 Buchstabe C: Nr. 87, 123.
 Buchstabe E: Nr. 45, 51, 102, 156, 197.
 Buchstabe F: Nr. 28, 224, 228.
 Die Verzinsung dieser früher gezogenen Auslosungs- scheine hat mit dem Ende des Ziehungsjahres auf- gehört.
 Konstanz, den 21. Oktober 1932.
 Der Oberbürgermeister.

Betr. Jagdverpachtungen
 Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchweg abnormiert auf die große deutsche Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger“, München u. a. auch offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe, und seiner Bezirksgruppen: Wertheim, Zambertschhofstein, Baden, Herbolzheim, Heidelberg, Mannheim, Brunsal, Pforzheim, Karlsruhe, Kalkthal, Baden-Baden, Rehi- Offenburg, Hirsigal, Lahr, Freiburg, Waldsüd, Donaueschingen, Singen-Herbers, Lörrach und Konstanz. Diese weitverbreitete Zeitschrift ist darum das geeignetste Anknüpfungsglied für Jagd- und Fischereiverpachtungen, voran bei Stadt- und Gemeindever- beauftragten aufmerksamer gemacht werden. Anfordert: „Der Deutsche Jäger“ F. C. Mayer Verlag, München 2 C, Spardastraßen 11. M. 16

Badisches Landestheater
 Sonntag, 23. Oktober 1932
 Nachmittags
 2. Vorstellung der Sonder- miete für Auswärtige
Der 18. Oktober
 Schauspiel von Walter Erich Schäfer
 Regie: Dr. Waag
 Mitwirkende:
 Baumbach, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmecke, Kloeble, Kruhe, Mehner, P. Müller, Prüter, Schönthal, v. d. Trend, Ehret, Geh, Kruhe, S. Müller

Im Städt. Konzerthaus
 Sonntag, 23. Oktober 1932
Liebling adieu
 Musikalisches Lustspiel von Billy Rosen
 Dirigent: Stern
 Regie: v. d. Trend
 Mitwirkende:
 Erbig, Jan, Brand, Kloeble, P. Müller, Schönthal, v. d. Trend, Geh, Mateo
 Anfang 19¹/₂, Ende nach 22 1. Parfett 2,60 RM.

Sie heizen für draußen!
 wenn Sie Ihre undichten Fen- ster nicht gegen Zugluft und Schlagregen mit
Aerostop-Metall-Leisten
 dichten lassen. Helfen in den hoffnungslosesten Fällen. Ein- malige Ausgabe — dauernde Dichtung. Kein Filz — kein Gummi. Bis zu 30% Er- sparnis an Heizungskosten.
 Dichtungskosten per Fenster von 3,50 RM. an. Einbau durch Glasermeister. Nachweis von Fachleuten durch den Hersteller: M.85
 J. Prölsdörfer, Metallleisten, Karlsruhe

Straßenbau-Notstandsarbeiten
 Rollbahngleis, Kippwagen, Schiebkarren, Meß- latten, Bohrstahl, Steinschlegel, Kreuzhacken, Schaufeln, Wegewalzen, Straßbenzen u. a. m. billig zu verkaufen.
 Händleranfragen zwecklos.
 Anfragen unter Nr. M.18 an die Exped. der Karls- ruher Zeitung, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14.

Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.
 Geschäftshaus Kreuzstr. 1 Telefon 6227-29
BANK UND SPARKASSE
 Älteste Handwerker- u. Mittelstandsbank am Platze

PORPHYRWERK DOSENHEIM
 MANUFAKTUR DOSENHEIM N. RHEIN
 liefert auf Bestellung alle Sorten
STRASSENBAU- MATERIAL